

# Kein Selbstzweck – Kritiken an den Versprechen der Partizipation

von Christoph Haker, Corinna Schmechel

Summer School „Partizipation als Versprechen und Forderung der Moderne“ des Promotionsprogramms „Kulturen der Partizipation“, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, 14.–18. September 2016

„Mach mit!“, „Beteilige Dich!“, „Sei dabei!“ – derartige Imperative werden in vielfältigen Kontexten und auf vielfältige Weise geäußert. Über das gesamte Parteienspektrum hinweg wird mehr direkte Demokratie gefordert, durch alle Organisationen hallt der Ruf nach Mitbestimmung und flachen Hierarchien, Theater wie Museen verschreiben sich einer „partizipativen Kultur“. So weit, so bekannt. Diese Rufe nach mehr Partizipation sind an Versprechen geknüpft, denn wie alle wissen, fördern partizipative Strukturen die Selbstbestimmung des Publikums, die Emanzipation Einzelner und das Heranwachsen von mündigen Bürger\_innen. Partizipation ist immer schon Weg und Ziel zugleich. Sie wird so zum leeren Signifikanten, welcher zwar in aller Munde und positiv besetzt ist, aber ohne Rückbindung an konkrete Inhalte schnell in die Bedeutungslosigkeit abdriftet.

Im Rahmen der Summerschool *Partizipation als Versprechen und Forderung der Moderne*, die vom Promotionsprogramm *Kulturen der Partizipation* an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg organisiert wurde, sollte daher ein kritischer und interdisziplinärer Blick auf den Begriff der Partizipation geworfen werden. In diesem Rahmen wurden drei öffentliche Vorlesungen gehalten. Die Referenten teilten die Perspektive, dass Partizipation kein Selbstzweck ist, und nahmen konkrete Versprechen der Partizipation unter die Lupe. Sie leisteten damit einen Beitrag zur Differenzierung von Kontexten und Konzepten der Partizipation und arbeiteten in kritischer Abgrenzung heraus, in welchen Paradoxien sich diese verfangen und an welche Grenzen sie stoßen.

ULRICH BRÖCKLING (Freiburg) analysierte in seinem Vortrag „Wir müssen immer tun, was wir wollen. Paradoxien einer Erziehung zur Freiheit“ Erziehungsratgeber, also Anleitungen zur Menschenführung, aus gouvernementalitätsanalytischer Perspektive. Partizipation sei in diesem Kontext ein selbstreferenzielles Phänomen, da sie sowohl Ziel als auch Werkzeug der Pädagogik sei. Erziehung werde seit der

Epoche der Aufklärung mit dem Dilemma zwischen größtmöglicher Freiheit und deren notwendiger, da erst ermöglichender, Einschränkung konfrontiert. Dieses Spannungsverhältnis bildete den Gravitationspunkt von Bröcklings Vergleich der pädagogischen Regierungslehre in John Lockes *Gedanken über die Erziehung (1693)*, die mit der Selbstsuggestion pädagogischer Allmacht startet, mit Thomas Gordons Buch über die *Familienkonferenz (1972)*, das ein Gegenmodell der demokratischen Familie als Keimzelle des Weltfriedens entwirft. Aus der aufklärerischen Erziehung zur Mündigkeit wird bei Gordon ein Training von Verhaltensregeln zur Konfliktbewältigung.

Die Familienkonferenz, in der Konflikte durch rationale Verfahren ohne Niederlagen gelöst werden sollen, verspreche eine Erziehung ohne Zwang. Es werde jedoch schnell deutlich, dass ihr ein paradoxer Zwang zur Freiwilligkeit zugrunde liege. Dem demokratischen Versprechen „Du darfst partizipieren“ folgt der paradoxe Imperativ „Du musst freiwillig und aktiv partizipieren wollen“. Die Familienkonferenz, so Bröckling, führe zu einer Selbstverdopplung. Sie mache das Subjekt einerseits zum Verwalter seines Selbst, das den Verfahren der Familienkonferenz vertraglich zustimmen muss, und reduziere es andererseits auf Vermögen und Kapitalien, die es in rationalen Verfahren zu verwalten gelte. Bröckling diagnostiziert daher eine gegenwärtige Realfiktion des kontraktualistischen Subjekts: fiktiv, weil es durch die Voraussetzungen der Erziehungsratgeber produziert wird – real in jenem Moment, in dem wir durch eine Unterschrift oder Einverständnis eine vertragslogische Beziehung eingehen. Diese Realfiktion vereine in einem zweiten Paradox der Partizipation Ungleichheit und Gleichheit: Der Vertrag suggeriere die Gleichheit der Verfügungsgewalt, indem er die Ungleichheit der verfügbaren Kapitalien ignoriere. Die Unterschriften würden unter Gleichen getätigt, die scheinbar selbstbestimmt aber über ungleiche Ressourcen verfügten.

Auffällig ist, dass Bröckling bei seinen Analysen die eine Seite der paradoxen Vereinigung von Zwang und Freiheit in den Vordergrund rückt. Es ist der Zwang zur Freiheit, der für ihn in den Verfahren zum Ausdruck kommt. Vernachlässigt wird dabei die Möglichkeit einer Freiheit zum Zwang. Sofern Bröcklings Analysen zutreffen, ermöglicht es die Familienkonferenz auch, Zwang auszuüben, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Ähnlich verhält es sich bei dem Vertragssubjekt, dessen Existenz die Gleichheit beleuchte und die Ungleichheit verdunkelt. Hingegen können Verträge Ungleichheit durchaus offensichtlich machen, gerade wenn ihre scheinbare Ausgewogenheit zur Kontrastfolie für die ungleiche Verteilung von Kapitalien wird.

SEBASTIAN HAUNSS (Bremen) zeichnete in seinem Vortrag *Die (immer wieder) neuen Medien und das Versprechen der Partizipation* zunächst eine kurze Geschichte der Entwicklung neuer Medien und deren Verwicklung mit sozialen Bewegungen nach, um das Neue besagter Medien in Frage zu stellen. Für ihn ist die Zuschreibung, dass die gegenwärtigen sozialen Bewegungen ihre Neuheit den ganz neuen Medien – wie etwa Facebook und Twitter – verdanken, empirisch nicht

haltbar. Schließlich gingen im Kontext der sozialen Bewegungen die Partizipationsversprechen der neuen Medien von Theorieproblemen, nicht vom praktischen Handeln selbst, aus. Unter Anderem werde in populären wie akademischen medien- und bewegungswissenschaftlichen Analysen versprochen, das Internet löse das Problem der Transaktionskosten kollektiven Handelns sowie das Trittbrettfahrerproblem. Letzterem zufolge lohnt es sich nicht, an sozialen Bewegungen teilzunehmen, da deren Kosten hoch sind, während die Vorteile, die eine Bewegung erwirkt, in der Regel auch den Nichtaktiven zugutekommen.

Dieses Rational-Choice-Konzept wird selbst von jenen Kritiker\_innen reproduziert, die das Versprechen unter umgekehrtem Vorzeichen als Gefahr empfinden: Sie behaupten, das Internet senke die Kosten für Protest so weit, dass das Commitment zum Protest ausbleibe. Die Verbindung von sozialen Bewegungen und Internet stagniere in rein symbolischem Protest, im „Clicktivism“ oder „Slacktivism“. Haunss hält beiden Positionen entgegen, dass sich Transaktionskosten empirisch keineswegs als wesentliches Problem kollektiven Handelns erweisen. Soziale Bewegungen würden in der Regel nicht daran scheitern, dass sie die Transaktionskosten nicht tragen können, da sie immer noch regional agieren und nur ein kleiner Kern überregional vernetzt ist. Ferner mobilisieren soziale Bewegungen täglich Tausende von Menschen, auch auf der Straße. So machte Haunss deutlich, dass besagte Versprechen auf das Konzept des *homo oeconomicus* zurückgehen, letzteres aber kein Erklärungsmodell für die empirisch vorfindbaren sozialen Bewegungen ist.

Die konkreten Versprechen der neuen Medien sind leer, da sie sich nicht an den empirischen Problemen ihrer Adressat\_innen - den sozialen Bewegungen - orientieren. Haunss plädiert angesichts dessen für eine empirische Analyse der Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und neuen Medien. Zunächst bringe die Verquickung mit den Medien die Gefahr neuer Möglichkeiten der Überwachung mit sich. Das Versprechen der Partizipation verkehre sich also in die Bedrohung des Kontrolliertwerdens. Ungeachtet dieser Grenze der Partizipation zeige sich aber, dass soziale Bewegungen digitale Angebote intensiv nutzen. Gerade die Kernaktivist\_innen würden dazu neigen, als Early Adopter neue Tools früh auszuprobieren. Dabei würden aber stets neue mit „alten“ Medien und Praktiken kombiniert. Die neuen Medien ermöglichten sozialen Bewegungen also vor allem eine Erweiterung ihres Repertoires. Sie erleichtern Haunss zufolge mitunter den Austausch untereinander, lösen aber keine Probleme des kollektiven Handelns und werden letztendlich von Optimist\_innen wie Pessimist\_innen überschätzt.

WILFRIED NIPPEL (Berlin) baute mit seinem Vortrag *Entlastung von Partizipation: Repräsentation statt Versammlungsdemokratie* auf einen engen politisch Begriff der Partizipation auf. Partizipieren könne man entweder an Entscheidungen in direkten Verfahren wie Volksentscheiden oder an Wahlen von Repräsentanten, die dann Entscheidungen für die Wähler\_innen treffen. Dieses enge Konzept von Partizipation bezeichnet Nippel als konstitutionalisierte Mitwirkung. Nippel stellte zuerst das Modell des antiken Gemeinwesens dar, dessen

Versprechen der Partizipation auf die Teilhabe an der Polis gerichtet gewesen sei. Die Partizipierenden waren unmittelbar und gleichberechtigt an der Entscheidung in Volksversammlungen beteiligt. Mit der Erfüllung dieses Versprechens, das nebenbei bemerkt mit den Frauen, den Kindern und den Sklaven die Mehrheit der Gesellschaft ausschloss, habe man eine Intensität und Qualität unmittelbarer Beteiligung erreicht, die welthistorisch einzigartig sei. Im 18. und 19. Jahrhundert wurde dann – im Kontext der demokratischen Revolutionen in England, den USA und Frankreich – eine Debatte um direkte und repräsentative Demokratie geführt. Dabei hätten immer wieder zwei Argumente gegen die direkte Demokratie nach antikem Modell im Vordergrund gestanden. Zum einen habe man für fragwürdig gehalten, ob sie für Massengesellschaften auf weitläufigen Territorien tauglich und somit überhaupt wiederholbar sei. Diese Frage wurde in der Regel verneint. Zum anderen sei auf die mangelnde Kompatibilität der direkten Demokratie mit der modernen sozialen Arbeitsteilung verwiesen worden. Das Politikerdasein sei ein Beruf wie jeder andere und ermögliche anderen Bürger\_innen die Zeit und Energie zur Ausübung ihrer Erwerbstätigkeiten. Sie seien auf eine Entlassung aus der politischen Partizipation angewiesen, um an der zunehmend kapitalistisch organisierten Gesellschaft partizipieren zu können.

Nippel verlängerte diese Debatte in die Gegenwart, um den leeren Signifikanten der Demokratie mit Bedeutungen zu füllen. In dieser differenzierten Bedeutung von Demokratie kann direkte Partizipation kein Selbstzweck sein. Diejenigen, die im Namen des Volkes nach mehr Volksentscheiden rufen, müssen, so Nippel, zwei Fragen beantworten: Gewährleistet die direkte Beteiligung an Entscheidungen weiterhin die Stabilität der Ordnung? Und erhöht die direkte Beteiligung an Entscheidungen die Qualität der Ergebnisse?

Wer heute glaube, man könne direkte Demokratie dank neuer technischer Mittel, die das Problem der Kommunikation und der Vernetzung über große Territorien lösen, endlich umsetzen, ignoriere, dass die Ursprünge der repräsentativen Demokratie nicht in einem Mangel an technischen Möglichkeiten, sondern in den Vorzügen parlamentarischer Deliberation und sozialer Arbeitsteilung bestehe. Das Versprechen dieser Moderne liege gerade in der Entlastung von Partizipation. Nippel hängt damit einer Position der bescheiden-normativen Bejahung der Moderne an, indem er die bestehende Ordnung verteidigt und den progressiven Kräften die Beweislast auferlegt. Er geht zudem davon aus, dass die entscheidenden Maßstäbe zur Beurteilung politischer Systeme in ihrer Stabilität und Leistungsfähigkeit für das Prinzip der sozialen Arbeitsteilung liegen sollten. Freilich verliert er damit aus dem Blick, dass der Ruf nach mehr direkter Beteiligung in vielen Bewegungen gerade auf die Destabilisierung des gegenwärtigen Systems der entsprechenden sozialen Arbeitsteilung gerichtet ist.

In allen Vorträgen wurde deutlich, dass Partizipation stets in konkreten Konzepten und Kontexten gedacht wird, die nur schwer zu verlassen sind. Dies wurde auch durch die Überschreitung wissenschaftlicher Grenzen innerhalb der Summer School in praktischer Absicht veranschaulicht: Teil des Programms war die

Vorstellung eines partizipativen Theaterkonzepts im Kontext des *Festivals neuer Performativer Allianzen BANDEN!* (30. März bis 1. April 2017) durch GESINE GEPPERT und MARC-OLIVER KRAMPE (Oldenburg). Auch fanden zwei Performances – *Fremdheit und Partizipation* sowie *C COPY A, VERSCHLÜSSELT* – des THEATERS DER VERSAMMLUNG (Bremen) statt. Dabei sprang weniger die Konzept- und Kontextgebundenheit dieser außerakademischen Erarbeitungen von Partizipation ins Auge als die Notwendigkeit, konkrete sowie allgemeine Partizipationskonzepte und -kontexte von Wissenschaftlichkeit wie Akademie zu reflektieren.

Klar wurde vor allem, dass es *die* Partizipation als *das* Versprechen und *die* Forderung *der* Moderne nicht gibt. Partizipation erzeugt sofort die Frage: Wer soll woran partizipieren? In der Konkretisierung von Partizipationsversprechen wird eins deutlich: Das Denken der Teilhabe und Teilnahme, der Beteiligung und der Anteile, fasst die Welt stets nur in Teilen – versteht sie als Menge von Einheiten, die nachträglich in Relation zueinander gesetzt werden. Dieses Denken in Teilen manifestiert sich in den Voraussetzungen der Forderungen und Versprechen der Partizipation. Die weitere Arbeit an den *Kulturen der Partizipation* und den damit verbundenen Konzepten und Kontexten von Partizipation sollte sich die Gefahr dieses blinden Flecks stets vor Augen halten.

### **Konferenzübersicht:**

#### *Keynote Lectures (öffentlich):*

Ulrich Bröckling (Freiburg), Wir müssen immer tun was wir wollen. Paradoxien einer Erziehung zur Freiheit

Sebastian Haunss (Bremen), Die (immer wieder) neuen Medien und das Versprechen der Partizipation

Wilfried Nippel (Berlin), Entlastung von Partizipation: Repräsentation statt Versammlungsdemokratie

#### *Forschungstheater, Performative Studien, Podiumsdiskussion:*

Jörg Holkenbrink, Performative Studien 1: Fremdheit und Partizipation

#### *Öffentliche Veranstaltung:*

Performative Studien 2: THEATER DER VERSAMMLUNG zwischen Bildung, Wissenschaft und Kunst, "Jeder hat Einfluss, niemand steuert das Ganze". Klick-

## Performance C COPY A, VERSCHLÜSSELT

Podiumsdiskussion (im Anschluss)

*Workshops mit/zu:*

Ulrich Bröckling (Freiburg), Teilhabe als Versprechen und Zumutung – das Janusgesicht der Partizipation

Martin Butler (Oldenburg) / Markus Spöhrer (Konstanz), Posthumane Konstellationen: Utopische/Dystopische Entwürfe von Partizipation in der Populärkultur

Sebastian Haunss (Bremen), Online-Partizipation zwischen Connective Action und Clicktivism

Rüdiger Heinze / Eckart Voigts (beide Braunschweig), Die dunkle Seite der Moderne: Zwangspartizipation und Right of Exit in der Dystopie

Anton Kirchhofer (Oldenburg), Gouvernamentalität und Partizipation

Gesa Lindemann (Oldenburg), Gewalt und Partizipation / Gewalt und Kritik

Wilfried Nippel (Berlin), Entlastung von Partizipation: Repräsentation statt Versammlungsdemokratie

Kathrin Peters (Berlin), Film, Migration, Partizipation

Michael Sommer (Oldenburg) / Claudia Horst (München), Partizipation als Versprechen der Vormoderne. Bürgerrecht und Teilhabe vom Alten Orient bis zum Mittelalter

Wil Verhoeven (Groningen), Liberty's Limits: Democracy in the Age of Participatory Politics